

ZD 825

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 1.32. Jahrg.

4. Jan. 1919

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:
Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsbefstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideütz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Bellagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:
Hauptteil: Das letzte Kriegsjahr. Rundschau. Arbeitsmöglichkeiten. Die Furcht vor der Sozialisierung. — **Allgemeines:** Über geschäftliche Aussichten. Brief eines Entlassenen. Eine Arbeitsordnung vom Jahre 1839. II. Ortsberichte: Altwasser. — **Der photographische Mitarbeiter:** Einmalige Teuerungszulagen. — **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Berlin, Formstecher. — **Anzeigen.**

Das letzte Kriegsjahr.

Mit einem grimmigen Fluch auf den Lippen schieden wir vom Jahre 1917; ohne Trost und fast ohne Hoffnung traten wir den Weg in das neue Jahr an. In dem im ganzen Volke verhassten preußischen Landtag mühten sich die **Volksverräter** aus dem sogenannten königlichen Versprechen auf ein freies und gleiches Wahlrecht eine möglichst absprechende Spottgeburt zu machen. So sehr waren sie in ihrer Verblendung befangen, daß sie von der Wut des so mißhandelten Volkes nichts gewahr wurden, nicht merkten, wie jede neue Beleidigung die draußen stehenden Volksgenossen aufs tiefste empörte und die Lust zur Verteidigung des Vaterlandes schwächte, in dem eine übermütige Herrschaftskaste solche Orgien feiern konnte. Der Presse war der Mund geschlossen, die Zensur arbeitete fieberhaft, jeder Tag brachte mehrere neue Verfügungen und Verbote. Das militärische Presseamt leistete Unglaubliches in der Fabrikation einer öffentlichen Meinung mit Hilfe einer Organisation, die an Umfang und Einrichtungen bisher unerreicht war.

Und doch fühlte jeder, so kann es nicht mehr weitergehen, wir sind am Ende unserer Kraft angeiangt. Was der Krieg und die Maßnahme der Feinde nicht vermochten, der Schleichhandel der eigenen Volksgenossen zog uns das letzte Mark aus den Knochen. So fanden Tod und Seuchen das Feld bestellt, die Leichenkammern der Krankenhäuser füllten sich immer beängstigender, Särge fehlten und Friedhofsarbeiter um die heimatlichen Massenopfer des Krieges zu bestatten.

Die Menschen draußen im Felde vier Jahre der Arbeit entwöhnt, in einem Leben von Mord, Dreck und Qual, ohne Freude, ohne Hoffnung; schweigend fraßen sie täglich ihren Grimm hinein über die politische Mißhandlung, über die wirtschaftliche Ausbeutung, tausendmal verschlimmert durch die künstliche Nachrichtenensperre, durch Brief- und Zeitungszensur.

Das ist das Menschenmaterial, daß dieser wahnsinnige Krieg uns als Erbschaft hinterlassen hat. »Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor ihm sollt ihr erzittern«, hat uns Schiller gelehrt. Haben die Unternehmer ein Recht, sich über die wilden Forderungen ihrer Arbeiter zu beschweren, die wieder und wieder diesen Arbeitern jede Mitbestimmung ja jede freiherrliche Regung verwehren. Ein Beispiel für viele: Die Firma **Siemens & Halske**, Berlin, soll, wie uns berichtet wird, infolge der Forderungen ihrer Arbeiter vor dem Zusammenbruch stehen. Merkwürdigerweise gerade die Firma, die jahraus jahrein große Summen für die Züchtung des gelben Arbeitervereins auswarf. Wo sollen die Menschen, die immer nur als beschränkte Kulis

behandelt wurden, ein Interesse für das Schicksal ihres Betriebes herhaben? Wie sind denn insbesondere (z. Teil auch in unserem Gewerbe!) von ihrem Arbeitgeber die Reklamierten behandelt worden? Was sich hier an Wut und Rachegefühlen bei an sich harmlosen Kollegen angesammelt hat, das ernten die Unternehmer jetzt. Wir wollen keinen Namen nennen, aber es ist wahrhaftig kein Zufall, daß die letzte Berliner Chemigraphenbewegung ihren eigentlichen Entstehungsherd in einer Firma hatte, die sich keineswegs durch die beste Behandlung unserer Kollegen auszeichnete, über die insbesondere aus den letzten Jahren recht begründete Beschwerden über Behandlung ihrer Reklamierten vorlagen. Wer Wind säete, der darf sich nicht wundern, wenn er Sturm erntete.

Wir haben unsere Auffassung über Forderungen, die ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Gewerbes gestellt werden, klar und unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht, umso mehr erfüllt es uns mit Genugtuung, bald über neue Lohnerhöhungen berichten zu können, die das Tarifamt der Chemigraphen beschlossen hat; das ist umso erfreulicher, als sich dabei die bisherigen Verhandlungsformen und berufliehen Instanzen wieder als zweckentsprechend bewährt werden. Wir haben im graphischen Gewerbe alle Veranlassung, jeden Schritt aufs sorgfältigste zu überlegen. Schon melden uns einige Mitgliedschaften recht trübe Erscheinungen. Die Firma **Weigang in Bautzen** hat fast keinerlei Aufträge; in dieser einst blühenden Firma werden nur noch wenige Gehilfen beschäftigt. **Grünbaum in Kassel** ist außerstande, die 34 aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen wieder einzustellen. In **Nürnberg** ist der Wiederaufbau außerordentlich schwierig, weil fast alle Firmen während des Krieges stillgestanden haben; zwar sollen die keramischen Anstalten wieder in Gang gesetzt werden, doch stehen dem andere technische Schwierigkeiten entgegen. Dazu kommt die immer gefährlicher werdende Kohlennot, die direkt und indirekt unser Gewerbe bedroht. Indirekt insofern, als jetzt schon der größte Teil unserer Papierfabriken aus diesem Grunde betriebsunfähig ist.

Furchtbare Opfer hat sich der Krieg aus unseren Reihen geholt. Wir haben die als gefallen gemeldeten Kollegen stets einzeln, unter »Opfer des Krieges« veröffentlicht. Die Gesamtzahl zu nennen, verbot uns die Zensur, wie sie uns auch verbot, die Zahl der Eingezogenen anzugeben. Heute wollen wir das nachholen. Nach der Abrechnung vom 2. Quartal 1918 waren bis 1. Juli d. Js. als zum Militär eingezogen uns gemeldet 12206 Kollegen, vom Militär zurück bis zum gleichen Datum 1965 Kollegen.

Als gefallen wurden uns gemeldet bis 6. Dezember 1918 insgesamt 1365 Kollegen! Sie verteilen sich auf die einzelnen Berufe wie folgt: Lithographen 237, Steindrucker 725, Chemigraphen 266, Lichtdrucker 36, Photographen 28, Formstecher 54, Kupferdrucker 14, Verschiedene Berufe 5. Leider muß angenommen werden, daß diese grauenhaft hohen Zahlen noch nicht einmal voll-

ständig sind. Viele mögen nicht gemeldet worden sein, teils weil sie nicht organisiert, teils aber auch, weil Bekannte und Verwandte, die von dem Todesfall erfuhren, über die Zugehörigkeit der gefallenen Kollegen zum Verbands nichts wußten oder die Adressen nicht kannten. Das mag besonders dort zutreffen haben, wo ein jüngerer Kollege zuletzt nicht in der Heimatstadt arbeitete. Außerdem fehlen uns in dieser Zählung die Vermißten, die aus begreiflichen Gründen vielleicht erst nach Jahren gemeldet werden.

Völlig unzuverlässig ist die Zählung der verwundeten Kollegen.

Je nach dem Eifer und der Auffassung seiner Mitgliedschaftsverwaltung sind uns die Meldungen zugegangen. So erwünscht dem Verbands die Meldung der Kriegsbeschädigten ist, die mehr oder weniger in ihrer beruflichen Tätigkeit durch ihre Verletzung gehindert sind, so wenig konnte uns daran liegen, jede leichtere Verletzung zu erfahren, die vielleicht in Wochen oder Monaten ohne ernsthafte Folgen ausgeheilt war. Es darf auch nicht vergessen werden, daß manche Berufsschädigung sich erst nach längerer Zeit mit Sicherheit herausstellt. Unter Berücksichtigung dieser Bedenken ersuchen wir die Verbandsfunktionäre auch fernrühn, die Kriegsbeschädigten-Fragebogen so gewissenhaft als irgend möglich auszufüllen. Gemeldet sind bis zum 6. Dezember 1918 insgesamt 310 Kollegen. Es liegt auf der Hand, daß diese Zahl viel zu klein ist. Sie verteilt sich auf die einzelnen Berufe unseres Verbandes wie folgt: 46 Lithographen, 181 Steindrucker, 44 Chemigraphen, 8 Lichtdrucker, 10 Photographen, 21 Formstecher. Wahrscheinlich wäre der Gesamtverlust unseres Verbandes noch viel größer, wenn nicht ein erfreulich großer Teil unserer Kollegen in den letzten beiden Kriegsjahren in Vermessungs- und anderen graphischen, militärischen Abteilungen abkommandiert worden wäre.

An sich war das vergangene Jahr erklärlicherweise recht ruhig verlaufen. Jeder wartete die Entwicklung der Kriegsverhältnisse ab. Hunger und schwere Sorgen, bei anderen die militärische Reklamation drückten auf die allgemeine Stimmung. Es war ein dumpfbrütendes, verzweifeltes Abwarten, daß keine frohe Gewerkschaftsarbeit aufkommen ließ. Trotzdem, und trotz der fürchterlichen finanziellen Lage des Verbandes am Anfang des Krieges, hielt das Gros der Kollegen fest zum Verbands. Das bestätigte uns die Mitgliederstatistik vom Dezember 1917, über die wir im abgelaufenen Jahre berichten konnten. Sie ergab 69,85 vom Hundert der Kollegen als im Verbands organisiert. Seit dem Tage der Revolution ist der dumpfe Bann gebrochen. Wie in anderen Berufen laufen auch bei uns die Anmeldungen der Kollegen zur Mitgliedschaft in großer Zahl ein, sodaß wir hoffentlich bald annähernd über die frühere Stärke des Mitgliederbestandes berichten können.

Im Beginn des vergangenen Jahres ergab sich die Notwendigkeit, zur Sicherung des Verbandes eine Beitragserhöhung von 20 Pfg.

pro Wode und Kopf vorzunehmen. Die im März in den Versammlungen vorgenommene Urabstimmung zeitigte das erfreuliche Resultat, daß 90 v. H. der Abstimmenden sich für die Beitragserhöhung aussprachen. Das war eine Vertrauenskundgebung für den Verband, die in der Zeit des menschlich verständlichen allgemeinen Mißtrauens erhebend genannt werden konnte.

Erregte Wellen schlug der große politische Streik des Januar hinüber in unsere Reihen. Auch im graphischen Gewerbe beteiligten sich, insbesondere in Berlin, die Kollegen mehrerer Firmen daran. Es kam dann zu erregten Verhandlungen im Tarifamt der Chemigraphen, wo es schließlich gelang, diesen Streik, trotz seiner tariflichen Unzulässigkeit auch politisch einigermaßen gerecht zu bewerten. Im übrigen drehte sich die gewerkschaftliche Arbeit in dem Berichtsjahre in der Hauptsache um die Aufbesserung der Löhne. Es war eine rechte Sisyphusarbeit, die immer weit hinter der tatsächlichen Entwertung des Geldes zurückblieb; und doch war es eine Arbeit, die die Verbandsfunktionäre voll in Anspruch nahm. Denn hinter jeder Forderung der einzelnen Kollegen, ganz besonders wenn es sich um einen reklamierten handelte, hinter jedem Wechsel des Arbeitsplatzes ebenso wie hinter jeder Verhandlung mit Unternehmern oder vor tariflichen Instanzen, mußte letzten Endes die Macht des Verbandes stehen. Nebenher ging eine emsige, ununterbrochene Korrespondenz mit den Kollegen im Felde. Was hier an stiller Aufklärungsarbeit von vielen geleistet wurde, entzieht sich jeder Berechnung. Den draußen stehenden $\frac{2}{3}$ der Gesamtkollegenschaft, die abgesperrt von der Heimat nach Nachrichten hungerten, war es sicher zu wenig; den Daheimgebliebenen aber wurde es nicht leicht, weil sie, gering an Zahl und mit Arbeiten überlastet, auch noch tagtäglich Feldpostbriefe schreiben mußten. Eine zusammenfassende Darstellung der beruflichen Verhältnisse brachten wir dann im Mai in Form einer Feldzeitung heraus, die allgemein mit Dankbarkeit angenommen wurde.

Wie eine Vorankündigung der großen politischen Umwälzung erschien in unserem Gewerbe das Buch des Herrn Dr. Cramer über: »Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland«, das mit Recht Aufsehen erregte. Doch schneller dürfte wohl kaum je eine Forderung Erfüllung gefunden haben, als die des Herrn Dr. Cramer nach tariflicher Regelung der Verhältnisse im Steindruckgewerbe. Noch ehe die Revolution die alten reaktionären Mächte zum Teufel sandte, war auch der Wind im Schutzverbandslager umgeschlagen. Nun werden wir auch im Steindruckgewerbe sehr bald die volle Gleichberechtigung der Hilfenschaft durchgeführt sehen. Das Ziel jahrzehntelanger erbitterter Kämpfe ist endlich erreicht. Erreicht ist ferner der achtstündige Arbeitstag, erreicht die Arbeitslosenversicherung. Hoffen wir, daß uns das neue Jahr mit tüchtigen Schritten vorwärts führen möge, heraus aus den Nachwirkungen des Krieges, aus dem Kriegselend, zu einem Leben, das neben politischer und wirtschaftlicher Freiheit uns auch bald Glück und Wohlstand bringen möge.

Rundschau.

Mehr Berücksichtigung der Wohnungs- und Siedlungsreform. Die Revolution hat mit einem gewaltigen Ruck die Reform unserer sozialen Verhältnisse ganz in den Vordergrund des Interesses gerückt und Sozialisierung der Betriebe, Reform der Lohn- und Arbeitszeiterhältnisse und dergl. m. sind das Feldgeschrei. Aber man kann die angestrebte Verbesserung der Verhältnisse der städtischen Volksmassen doch auch noch von einer anderen Seite her in Angriff nehmen. Die gegenwärtigen Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse lasten schwer auf den Volksmassen, ihre gründliche Umänderung würde eine starke Erleichterung bedeuten. Diese Reform hat den Vorzug, daß sie in ziemlich bedeutendem Umfange ohnedies kommen muß, da die im Gefolge des Krieges eintretende große örtliche Umsiedlung unseres Volkes die Schaffung zahlreicher neuer Wohnungen und An-

siedlungen nötig macht und hierbei natürlich auf Schaffung besserer Verhältnisse hingearbeitet werden wird. Sie hat aber weiter auch den Vorzug, das Nationaleinkommen in gewisser Richtung beträchtlich zu mehren, denn moderne, nach Reformgedichtspunkten vorgenommene Siedlung heißt Siedlung mit Nutzgarten und Bodenkultur und erschließt dadurch dem Einzelnen wie der Gesamtheit erhebliche neue Hilfsquellen. Also mehr Berücksichtigung der Wohnungs- und Siedlungsreform bei den gegenwärtigen großen Umwälzungen.

Verdoppelung der Kriegsbeschädigtenrenten für den Monat Januar. Eine neue Verordnung verdoppelt für den Monat Januar die laufenden Versorgungsgebühren und Unterstützungen. Bei den Rentenzuschlägen tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Proz., je nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit, ein. Auch die Verstümmelungszulagen, auf welche ehemalige Soldaten keinen gesetzlichen Anspruch haben, werden wesentlich, so bei schwerem Siedtum und bei Geisteskrankheiten um das Dreifache, erhöht. — Die einmalige Zulage war als Weihnachtsgabe gedacht. Die Freude wird aber erheblich dadurch eingeschränkt, daß die Auszahlungen in dieser eingeschränkten Weise aus technischen Gründen bei der großen Anzahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monaten wird bewirkt werden können.

Kein Übertrittsverbot mehr. Bei Ausbruch des Krieges hatten die freien Gewerkschaften beschlossen, daß während des Krieges Übertritte aus einem Verband in einen anderen nicht stattfinden sollen. Das erschien insbesondere mit Rücksicht auf solche Gewerbe notwendig, die, wie das unsere, in der ersten Zeit des Krieges keine genügende Arbeitsgelegenheit für ihre Gehilfen hatten, während der Zulauf zur Kriegindustrie fortwährend anhielt. Die letzte Vorstandskonferenz hat dieses Übertrittsverbot nun wieder aufgehoben. Damit treten für die Organisationszuständigkeit wieder die früher geltenden Beschlüsse des Münchener Gewerkschaftskongresses in Kraft. Nach diesen Beschlüssen dürfen Mitglieder eines Verbandes, die nur vorübergehend in einem anderen Beruf arbeiten, in ihrer alten Berufsorganisation bleiben. Ein Zwang zum Übertritt darf auf sie nicht ausgeübt werden. Eine Beschäftigung gilt nicht mehr als vorübergehend, wenn sie in ein und demselben Berufe die Dauer von 3 Monaten überschreitet.

Die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung«, die von der Generalkommission herausgegeben wird, hat am Schlusse ihres dritten Jahrganges eine Auflageziffer von 20000 erreicht. Die Redaktion erinnert in ihrer Nr. 26 daran, daß die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« in schwerer Zeit ins Leben gerufen wurde, um die arbeitenden Frauen und Mädchen vorzubereiten und zu befähigen, dem Kampf zu führen um höheren Anteil am Ertrage ihrer Arbeit, um mehr Licht und Luft in ihrem schweren und oftmals recht dunklen Dasein. Die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« hat sich bemüht, dieser Aufgabe gerecht zu werden mit dem Erfolge, daß sich die Leserzahl von 5000 bei ihrer Gründung auf 20000 erhöht hat.

Geschäftsberichte: Die Firma *Georg Gerlach & Co., A.-G., Berlin*, erzielte für das am 30. Juni 1918 beendete Geschäftsjahr 88100 Mk. Gewinn bei einem Aktienkapital von 1750000 Mk. Aus dem Grundstück wurden 171376 Mk. erzielt. Der vorjährige Verlustvortrag betrug 755478 Mk. Zinsen, Umkosten, Abschreibungen usw. erforderten 258611 Mk., so daß ein Verlust von 754613 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Aus dem Auslande.

Der Achtstundentag in Schweden. Im schwedischen Reichstag erklärte der Minister des Inneren, daß die Reichsregierung in der nächsten Session eine Vorlage über Einführung des Achtstundentages und Beseitigung der Nacharbeit in gewissen Industrien einbringen werde.

Keine Übernahme des Betriebes durch Arbeiter. Wir berichteten vor einigen Wochen, wie ein Graudener Industrieller seinen ganzen Betrieb seiner Arbeiterschaft als Eigenum und damit zur Selbstverwaltung übergeben wollte. Das lehnten aber bezeichnenderweise die Arbeiter ab, weil sie glauben, daß sie sich in der augenblicklichen schiedlichen Konjunktur dadurch wesentlich schlechter stellen würden.

Arbeitsmöglichkeiten.

Der Staatssekretär des Demobilisierungsamts Köth hielt vor Vertretern der Presse einen Vortrag über die Aufgaben des Demobilisierungsamts. Von den interessantesten Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Das Ziel des Demobilisierungsamts ist ein kurz gestecktes. Es hat die Aufgabe, 1. in der Wirtschaft des alten Systems, die Menschen so rasch wie möglich unterzubringen, 2. die vor dem Zusammenbruch stehende Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen zu lassen.

Wir treiben zunächst eine Revolutionswirtschaft, wenn wir diese hinter uns haben, dann wollen wir den Versuch machen, die Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft umzustellen. Zunächst

müssen wir Arbeitsmöglichkeiten schaffen, und zwar für die aus der Rüstungsindustrie ausscheidenden Arbeiter und für die aus dem Feldheer und der Etappe ausscheidenden Männer. Wie steht es mit der Schaffung der Arbeitsmöglichkeiten? Unsere Kohlenlage ist sehr ernst, so daß für die Industrie nur wenig Kohlen zur Verfügung stehen. Außerdem leiden wir an Rohstoffen. Man drängt uns, daß wir der Industrie Aufträge erteilen sollen. Was an Staatsaufträgen erteilt werden kann, muß, natürlich immer unter Berücksichtigung der vorhandenen Rohstoffe, geschehen. Wir wollen nicht die Initiative des einzelnen hemmen. Das Gegenteil müssen wir zu erreichen suchen. Der Schaden bestand bisher darin, daß das Unternehmertum entnervt ist. Man soll nicht nur auf die Arbeiter Steine werfen, wir erleben jetzt die Folgen unserer Kriegswirtschaft. Die Unternehmer kleiner und mittlerer Betriebe werden wir stützen müssen. Bei der Auftragserteilung der großen Staatsaufträge wollen wir uns einer neuen Organisation bedienen, die im Werden ist, der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften. Aus der Arbeitsgemeinschaft gehen die Fachgruppen hervor, die jede Industrie zusammenfaßt. Bei der Erteilung der Aufträge werden wir das Hauptgewicht legen müssen auf die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, auf die Hebung der Verkehrsmittel und auf den Schiffbau. Andere Industrien müssen aus Mangel an Kohlen zurücktreten. Die höchste Produktion zu erreichen, muß Aufgabe einer späteren Zeit sein.

In der Industrie können wir die Menschenmassen nicht unterbringen. Also müssen die Massen aus der Industrie und aus den Großstädten heraus. Sie müssen Verwendung finden im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft und bei den Notstandsarbeiten, bei denen wir keine Rohstoffe gebrauchen. Eine Pflicht der Landwirtschaft ist es, daß sie die Menschen zu auskömmlichen Löhnen übernimmt. Es wird sich fragen, ob die Menschen auch auf Land gehen werden. Zu diesem Zweck muß in erster Linie die Aufklärung einsetzen. Demnächst wird eine Verordnung erlassen werden, in der bestimmt wird, wieviel Menschen in der Rüstungsindustrie zu bleiben haben, unter welchen Bedingungen von seiten des Unternehmers, und wie viel Menschen heraus müssen.

Welche Hindernisse stellen sich uns entgegen? In erster Linie haben wir es mit der Sorge der Unternehmer zu tun. Sie sind aus begrifflichen Gründen zurückhaltend. Ich schätze das Unternehmertum außerordentlich hoch; es gibt aber auch Seiten des Unternehmertums, die ich nicht schätze. Es hat die Nerven verloren. Der Unternehmer hat keinen anderen Maßstab als die Dinge, wie sie 1914 lagen. Er muß sich daran gewöhnen, die Dinge neu zu sehen und neue Maßstäbe anzulegen. Er muß sich entschließen, bewußt eine Revolutionswirtschaft zu treiben. Ich unterschätze nicht die hohen Lohnforderungen, die jetzt gestellt werden. Wenn diese Lohnforderungen sich stabilisieren, dann geht unsere Wirtschaft zugrunde. Es muß ein Wandel eintreten. Die Arbeiterklassen, die die hohen Forderungen stellen, glauben selbst nicht, daß diese Forderungen sich stabilisieren können. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Lohnforderungen herabgehen werden. Was den Widerstand der Arbeiter betrifft, so ist bedenklich, daß die Arbeitsleistung sinkt, und zwar da, wo sie am wenigsten sinken durfte. Die Menschen sind aufgeregt, die Soldaten, die nach Hause kommen, sind müde. Aber der Zustand kann nicht mehr lange andauern. Wir müssen allmählich zur Vernunft und auch zur Kraft zurückkehren. Wir haben kein anderes Mittel, daß dem Widerstand der Unternehmer und Arbeiter brechen kann, als die Aufklärung. Das falscheste Mittel wäre der brutale Zwang. Energieanwendung würde ich für unheilvoll halten.

Noch ein Wort zu den Arbeiterforderungen. Wir wollen das Sinken der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern und den Gewerkschaften herbeiführen. Zu diesem Zweck müssen wir die Gewerkschaften stärken. Die Tarifverträge müssen geändert werden. In vielen Fällen wird man, ein Provisorium schaffen müssen. Dann stellen die Arbeiter noch andere Forderungen, die besondere Wichtigkeit für sich in Anspruch nehmen können. Das sind meiner Ansicht die wahren Fortschritte, die wir aus der Revolution machen können. Die objektive Kultur hat ein Übergewicht über die subjektive Kultur. Der Arbeiter ist von seiner Arbeit entfremdet worden, damit auch von dem Produkt, daß er herstellt. Wenn die Arbeiter jetzt an dem Betrieb teilhaben wollen, so wollen sie in Konnex kommen mit ihrer Produktion, mit ihrer Arbeit. Man sollte die Arbeiter nicht zurückstoßen, sondern sie aufklären, soweit ihre Mitarbeit vonnöten ist.

Ein weiteres Hindernis ist der Mangel an der Autorität der staatlichen Organe. Wir können augenblicklich nichts durchführen. Es ist nichts anderes möglich, als den Weg der Verhandlungen zu gehen. Es kommt vor allem auf die Menschenbehandlung an. Daß Klarheit in unsere Staatsform kommen muß, ist selbstverständlich. Wir werden erst aufbauen können, wenn man weiß, bei wem die Gewalt ruht.

Die Aussichten, so schloß Staatssekretär Köth seinen Vortrag, mit denen wir an die Arbeit herangehen, sind trübe, aber wir sind doch zukunfts-freudig gestimmt, weil wir die Übergangswirtschaft auf alle Fälle überwinden wollen. Wir hoffen, daß es uns ge ingt.

Die Furcht vor der Soziali-sierung.

Alle politischen Vorgänge haben letzten Endes eine wirtschaftliche Ursache. Die Monarchie war fast allen kapitalistischen Parteien eine heilige Regierungsform, so lange sie als Mittel, als Herrschaftsmittel über die Massen zu gebrauchen war. Selt sie aber durch die Blutschuld an diesem Kriege gar zu anrüchig und schließlich unhaltbar wurde, da ließ man sie fallen wie ein altes zer-rissenes Hemd. Jetzt gibt es nur noch Volks- und Demokratische Parteien.

Und doch sind sie alle im Grunde ihres Herzens die alten geblieben, hängen sie mit allen Fasern ihres Herzens an der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wohl möchten sie sich eventl. mit der Demokratie, der Volksherrschaft abfinden, aber immer in der stillen Hoffnung, daß an dem Privateigentum an den Produktionsmitteln nichts geändert werde. Denn das bedeutete Einschränkung des Profits, des heiligsten in der bürgerlichen Gesellschaft. Darum die bange Furcht vor allem, was sozialistisch heißt und sozialistisch ist.

Recht deutlich geht der Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung aus einer Betrachtung hervor, die das »Berliner Tageblatt«, die am weitesten nach links stehende eh-mals freisinnige Zeitung, kürzlich anstellte:

»Für die Parteien ist nunmehr das Stichwort zum Wahlkampf gefallen. Jetzt gilt es, hinaus-zutreten und die Massen aufzuklären. Die Sozial-demokratie hat durch ihre programmatischen Re-gelungserlasse keine Zweifel über ihre Absicht gelassen, eine sozialistische Republik aufzurichten. Nur in dem Tempo und in der Methode unter-scheiden sich die einzelnen Richtungen. Über das Ziel sind sie alle gleicher Ansicht. Eine sozialistische Republik bedeutet die Vergesellschaftung allen Grund und Bodens, aller Produktionsmittel, be-deutet die Beseitigung allen Privateigentums und des Zinses. Nur die Gebrauchsartikel sind in einer folgerichtig aufgebauten sozialistischen Zu-kunfts-gesellschaft Privateigentum, alles andere gehört der Gemeinschaft. Das aber läuft auf eine Schematisierung, eine Bureaokratisierung des menschlichen Lebens, eine Ausschaltung des Indi-viduellen, der Konkurrenz im Wirtschaftsleben hinaus, die kein Volk auf die Dauer ertragen würde. Einen kleinen Vorgeschmack haben wir in der Kriegswirtschaft gehabt. — «

Die beiden letzten Sätze sind natürlich blanker Unsinn. Wohl hatte die Kriegswirtschaft sozialistische Mittel anwenden müssen, aber nur, um sich und die kapitalistische Wirtschaft überhaupt zu retten. Daß sie wirkungslos waren, beweist nichts gegen den Sozialismus, sondern beweist nur, wie un-reitbar verfahren die Verhältnisse durch die Schuld der bisher herrschenden Klassen geworden waren. In zahllosen Aufsätzen hat die Schuld gerade das Berliner Tageblatt nachzuweisen ge-wußt. Es gibt kein Allheilmittel, um die Folgen dieser entsetzlichen Mißwirtschaft sofort zu kurieren. Was der Sozialismus verspricht, das sollte eine Höherentwicklung normaler Verhältnisse sein. Erst wenn die wieder herbeigeführt sein werden, wird sich die Überlegenheit des Sozialismus erweisen.

Wie wenig in diesen Kreisen für soziale Fragen Verständnis vorliegt, geht auch aus einer kleinen skalen Betrachtung derselben Zeitlung hervor. Sie entriest sich über die auffällige Zunahme der Drehorgelspieler in den Straßen Berlins und argumentiert: — Bei der immerhin reichen Unterstützung, die alle Groß-Berliner-Gemeinden den Arbeitslosen gewähren, und in Anbetracht des Umstandes, daß auch heute noch jedem Arbeits-willigen Gelegenheit geboten ist, sich sein Brot in ehrlicher Arbeit zu verdienen, darf wohl ange-nommen werden, daß diese zumeist kräftigen Männer, die sich nicht schämen, von feindlichen Kriegsgefangenen Bettelgeld entgegenzunehmen, nicht arbeitslos, sondern arbeitsscheu sind. Auch in der freiesten Republik, in der Schweiz, werden solche Bettelhefen nicht geduldet. — «

In Berlin beträgt die Zahl der Arbeitslosen bald an 100.000, täglich kommen neue hinzu. Da gehört doch eine merkwürdige Unkenntnis dazu, diese einfach als arbeitsscheu zu bezeichnen. Wer so verständnislos der Notlage der Arbeiter gegen-übersteht, der darf sich nicht wundern, wenn die Arbeiter bei ihren Forderungen keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Unternehmer nehmen.

Allgemeines.

Über geschäftliche Aussichten
im Gewerbe lesen wir im »Deutschen Steindruck-gerwebe« unter anderem: »Die Arbeitgeber-organisationen werden, soweit dies im Bereich ihrer Möglichkeit liegt, alles daran setzen, daß die ge-troffenen Vereinbarungen auch zur Durchführung kommen. Insbesondere gilt dies von der Ver-

pflchtung zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Wir haben schon mehrmals darauf hin-gewiesen, daß die Arbeitgeber sich durch diese Verpflichtung ganz ungeheuerliche Opfer auferlegen, besonders in unserem Gewerbe, das zum über-wiegenden Teil vor dem Kriege Exportindustrie war und dessen Angehörige gewiß nicht unter die »Kriegsgewinnler« gerechnet werden können. Ge-rade das Fehlen der Ruhe im Innern hat ein Stocken der Aufträge seitens der deutschen Kund-schaft, mit denen man gerechnet hatte, hervor-gebracht, das noch vermehrt wird durch die Aus-sichtslosigkeit der Wiederaufnahme des Exports. Dazu kommen noch die außerordentlichen Schwie-rigkeiten in der Beschaffung des notwendigen Roh-materials. Dem Demobilisationsamt sind auf diesem Gebiet diktatorische Vollmachten verliehen worden, und wir bemühen uns im Verein mit den Führern der Steindruckergewerkschaft, die erfor-derlichen Rohstoffe freizubekommen und um die Einleitung von Notstandsarbeiten. Ob und in welchem Umfange diese Bemühungen Erfolg haben werden, steht noch nicht fest. Wir werden jedoch alles tun, um die Freigabe von Rohstoffen zu er-reichen und das Geschäft wieder allmählich in Gang zu bringen. Denn sonst ist es den Steindruckereibesitzern ganz unmöglich, die Kriegsteilnehmer sämtlich wieder einzustellen. Ein beson-ders schwieriges Kapitel hierbei bildet die Ein-stellung der vielen Lithographen, die demnächst mit dem großen Heere der Kriegsteilnehmer sich bei ihren früheren Arbeitgebern wieder mel-den werden und für die zum großen Teil keine Arbeit vorhanden ist. Hier muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden, über den wir mit der Steindruckergewerkschaft auch bereits verhandelt haben. In dem Abkommen, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit den ver-schiedenen Gewerkschaftszentralen getroffen hat, ist ausdrücklich vereinbart, daß die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dahin wirken werden, daß durch Beschaffung von Roh-stoffen und Arbeitsaufträgen die Verpflichtung zur Wiederaufnahme der Kriegsteilnehmer in den Be-trieben auch wirklich durchgeführt werden kann. Fehlen dem Arbeitgeber die Rohstoffe und die Aufträge, dann kann er einfach dieser Verpflich-tung nicht nachkommen, selbst wenn schichtweise gearbeitet wird. In solchen Fällen muß eine Ver-ständigung mit der Gewerkschaft herbeigeführt werden, damit nicht unhaltbare Zustände ent- stehen — «.

Daß unser Unternehmertum trotz den augen-blicklich trüben Verhältnissen immer wieder ver-sucht, das geschäftliche Leben in Gang zu bringen, geht aus einer Betrachtung über die Leipziger Frühjahrsmustermesse hervor. Hier klingt doch ein wärmerer Ton von Frühlingshoffnung durch:

»Die kommende Frühjahrsmustermesse in Leipzig verspricht von der Industrie sehr stark beschiedt zu werden. Die Anmeldungen von Aus-stellern gehen beim Meßamt in Leipzig eher in vermehrtem Umfange ein als zur letzten Herbst-messe, die bereits sehr stark beschiedt war. Man schließt daraus, daß die deutsche Industrie die Schwierigkeiten, mit denen sie augenblicklich zu kämpfen hat, als vorübergehend ansieht und in die Zukunft wie in ihre eigene Kraft volles Ver-trauen setzt, zumal die Beförderungsverhältnisse als Hauptquelle der jetzigen Schwierigkeiten eine Besserung erwarten ließen. Die Erklärungen über die vorhandenen Rohstoffvorräte, die nicht mehr für die Kriegführung gebraucht werden und daher für die Friedensindustrien frei werden, haben sehr beruhigend gewirkt. Der Arbeitermangel ist durch die Demobilisation behoben; wenn der Krieg auch viele geschulte Kräfte dahingerafft, so hat die Industrie diesen Mangel doch schon in der bisherigen Kriegszeit zu überwinden verstanden. So ist voraussehen, daß die Leipziger Früh-jahrsmustermesse in der Zahl der Ausstellungen und in der Auswahl von Mustern noch mehr und Reicherer bieten wird, als die vorhergehenden Kriegsmessen. Für den Einkäufer bleibt die Leipziger Mustermesse der Ort, wo er sich am sichersten und raschesten über Neuheiten und Preise in seinem Geschäftszweige unterrichten kann — «.

Brief eines Entlassenen.

Uns ging folgender Brief zu: Zu dem in letzter Zeit in der »Graphischen Presse« erschienenen Arti-kel, betreffs Vereinbarungen mit den Arbeitgeber-Verbänden, also auch mit dem Schweizerverband deutscher Steindruckerei-Besitzer, möchte ich einiges zum Ausdruck bringen. Vor allem muß es für jeden Gewerkschaftler eine Erleichterung sein, endlich einmal unsere alten Forderungen erfüllt zu sehen, und daß auch für unsere Mitglieder ordentliche Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag eingeführt werden sollen. Doch scheinen sich bei dem Punkt 4, betreffs Wiedereinstellung der vom Heeresdienst entlassenen Kollegen, Schwierigkeiten ergeben zu wollen. Daß es manchem Unternehmer schwer, ja zum Teil unmöglich ist, die alten Leuten wieder einzustellen, gebe ich ohne weiteres zu, da der Geschäftsgang eben zu schlecht ist, andere Unternehmer dagegen werden die Leute eben nicht einstellen wollen, bis genügend Aufträge vorhanden sind, um die Kollegen wieder voll be-

schäftigen zu können. Ich dachte mir aber doch, daß wenigstens die Unternehmer, welche während des ganzen Krieges vollauf zu tun hatten, ja so-gar mit dauernd Überstunden gearbeitet haben, (und es gibt solche), daß wenigstens dort die ver-heirateten Kollegen wieder eingestellt würden aber weit gefehlt, gerade dort wird am wenigsten Rücksicht genommen. Doch möchte ich nicht unter-lassen, zu sagen, daß es auch wieder Unternehmern gibt die trotz flauen Geschäftsgang ihre alten Leute wieder einstellen. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, daß möglichst alle Kollegen wieder eingestellt werden, und zwar bald, nicht erst wenn genügend Arbeit vorhanden ist; denn der Begriff »genügend« wird leicht verschieden ausgelegt, und könnte es deshalb ziemlich lange dauern, bis die Kollegen unterkommen können. Verschiedene Unternehmer geben dem Kollegen zur Antwort: »Ist jetzt be-schäftigter Arbeiter genügend mir voll zur Zeit.« Doch das dürfte wohl bei den meisten der Fall sein, also auch bei denjenigen Unternehmern, die ihre alten Leute trotz dem flauen Geschäftsgang wieder einstellen. Andere wieder sagen: »Ich habe erst einen Mann eingestellt, den möchte ich nun auch nicht entlassen!« Gewiß, auch diese Kollegen sollen Verdienst haben, aber ich glaube, daß wir Kollegen vom Schützengraben auch leben müssen, und zwar bei unserer Familie, und nicht in irgend einem Garnisonort. Der größte Haken wird bei den Unternehmern die Angst vor Schmä-lerung des Profits sein. Ofters heißt es beim Arbeitssuchen auch: »Bleiben Sie doch beim Militär, bis ich Sie abrufe!« Das ist auch schön und gut, aber wie lange sollen wir denn noch beim Militär bleiben? Ich denke 3 bis 4 Jahre ist wahrlich lange genug, wenn man sich da nun nach der Familie sehnt, ist das nicht zu verdenken, ganz abgesehen von den Sorgen, die die Frau nun schon so lange allein tragen mußte. Ich möchte auch an die Kol-legen, welche vom Militärdienst verschont geblie-ben sind, die Bitte richten, dabei mitzuhelfen, damit wir Kriegsteilnehmer wieder unterkommen können, selbst auf die Gefahr hin, daß die Arbeits-zeit noch etwas verkürzt werden muß. Es be-steht ja auch eine Erwerbslosenfürsorge, welche dann eben in Anspruch genommen werden muß. Man denke dabei an die vielen Kollegen, welche (mit kleiner Familie) nur auf die Reichsunterstützung angewiesen waren, und ohne die Sorgen noch große finanzielle Opfer bringen mußten, ebenso unsere jungen ledigen Kollegen, welche den ganzen Krieg ohne finanzielle Unterstützung aushalten mußten, und dazu noch in ihrer weiteren Ausbildung schwer geschädigt wurden. Ich meine also, daß die Wiedereinstellung der Krieger nicht bloß auf dem Papier stehen soll, sondern so weit als irgend möglich auch tatsächlich durchgeführt werden muß; bei gutem Willen wird sich auch noch mancher unterbringen lassen, denn auch unsere Verbands-kasse würde dadurch bedeutend geschont, wenn es dem Unternehmern zur Pflicht gemacht würde, daß die Kollegen eingestellt werden müssen und zwar bald. Einer für viele. g.

Eine Arbeitsordnung vom Jahre 1839.

II.
In der Nummer 40 der »Graphischen Presse« vom 4. Oktober brachte ich den Abdruck einer Arbeitsordnung vom Jahre 1839 und die Mitteilung auch einen Lehrkontrakt desselben Jahres zu ver-öffentlichen, was hiermit geschieht.

Lehr-Kontrakt.
Zwischen nachbenannten Kontrahenten ist heute untengesetzten Tages, folgender Lehr-Kontrakt verhandelt und abgeschlossen worden:

§ 1. Es gibt Herr A. B., seinen Sohn B. B. jetzt . . . Jahr alt, vom . . . 18 . . . an auf fünf hintereinander folgende Jahre, mithin bis zum . . . 18 . . . zu Herrn . . . Besitzer der Hof-Lithographie und Steindruckerei in die Lehre, um demselben bei letzterem oder dessen Geschäfts-nachfolger, so lange dieses Geschäft unter dieser oder anderer Firma fortgesetzt wird, die litho-graphische Kunst erlernen zu lassen.

§ 2. Herr X., macht sich verbindlich, den oben- genannten in diesen fünf Jahren die Lithographie-Kunst zu lehren.

§ 3. Herrn X., ertheilt diesen Unterricht dem Lehrling auf alle fünf Jahre unentgeltlich.

§ 4. Dagegen verpflichtet sich der unterzeichnete Vater des Lehrlings, denselben in Wohnung, Kost, anständiger Kleidung, Wäsche, überhaupt in allen Lebensbedürfnissen zu unterhalten und dafür ohne Zuthun des Herrn X., aus eigenen Mitteln zu sorgen; insbesondere auch diesen Lehrling vor Eintritt in die Lehre mit guten und brauchbarem Reibzeug zu versehen, dieses auch während der Lehrzeit in tüchtigen Zustande zu erhalten; sowie allen Schaden, der durch Schuld des Lehrlings dem Herrn X., erwachsen sollte, nach Billigkeit zu vergüten.

§ 5. Es gelobt der Lehrling: selbst und zwar durch seine Mitunterschrift,

a) sich jederzeit treu, fleißig, ehrlich und gehorsam gegen Herrn X., zu betragen, den Anordnungen desselben oder anderer von ihm dazu beauf-tragten Personen pünktlich nachzukommen und auf das, was Herrn X., ihn lehren und sagen wird, stets aufmerksam sich zu bezeigen,

- b) die bestimmten Arbeitsstunden, nämlich alle Wochentage im Sommer des Vormittags von 6 bis 12 Uhr, und des Nachmittags von 1 bis 7 Uhr, im Winter aber des Vormittags von 7 bis 12 Uhr, und des Nachmittags von 1 bis 7 Uhr, auf das pünktlichste inne zu halten, während dieser Zeit die ihm aufgetragenen Arbeiten mit anhaltendem Fleiße zu verrichten, und überhaupt alle seine Kräfte aufzubieten, um sich die Zufriedenheit des Herrn X., seines Lehrherrn, zu erwerben und zu erhalten,
- c) an Sonn- und Festtagen, wenn ihm die Jour trifft, pünktlich zu kommen, und nicht früher das Geschäftslokal zu verlassen, bevor ihm die Erlaubnis dazu erteilt wird,
- d) alle Geschäfts-Angelegenheiten gegen Jedermann geheim zu halten,
- e) alles anzuwenden, um sich und seinem Lehrherrn so nützlich als möglich zu werden, und allen Schaden von letzterem abzuwenden, und überhaupt in Allen dem im Geschäftslokale aufgehängten Hausgesetze pünktlich nachzukommen.
- f) Erfordert es die Nothwendigkeit, daß auch über die vorstehend sub. b) bemerkte Zeit hinaus noch gearbeitet werde, was Herrn X., zu bestimmen hat, so hat sich der Lehrling B. B., dieser ihm aufgetragenen Arbeit unweigerlich zu unterziehen, ohne dafür auf eine besondere Vergütung Anspruch machen zu können.

§ 6. Es darf der Lehrling B. B., weder für einen hiesigen noch auswärtigen anderen St.-Indrucker irgend etwas besorgen, keine Aufträge auf eigene Hand ausführen, keinen Abdruck irgend eines Gegenstandes oder Arbeitssachen, Materialien, welche im Geschäfte oder sonst gebraucht werden an sich nehmen oder an sich behalten, oder anderen Personen verabreihen.

§ 7. Ernannter Lehrling darf vor Ablauf der festgesetzten fünfjährigen Lehrzeit nicht aus der Lehre treten und von seinem Lehrherrn, denn Herrn X., oder dessen etwaigen Geschäftsnachfolger sich nicht wegwenden.

Sollt solches aber dennoch geschehen oder auch geschehen müssen, so verspricht hiermit A. B., oder resp. dessen Erben dem Herrn X., oder seinem Geschäftsnachfolger als Entschädigung und Konventionalstrafe 50 Thaler, wenn dieser Austritt aus der Lehre im Lauf des ersten Lehrjahres; 100 Thaler, wenn solcher im zweiten Lehrjahre; 150 Thaler, wenn derselbe im dritten Lehrjahre; 200 Thaler, wenn er im vierten Lehrjahre; und 250 Thaler, wenn er im fünften Lehrjahre erfolgt; nach Leipziger Wechselrecht zu bezahlen und mit Begebung der Ausflucht des nicht bescheinigten wirklichen Austritts aus der Lehre.

Nur in dem Falle, wenn der Lehrling während der festgesetzten Lehrzeit versterben, oder zum Militärdienst ausgeschoben werden sollte, hat Herr X., auf diese Entschädigung und Konventionalstrafe keinen Anspruch.

§ 8. Sollte sich Herr X., veranlaßt sehen, seinen Lehrling B. B., wegen Unfolgsamkeit, Unehrlichkeit, oder wegen Konventionen, welche sich derselbe gegen die oben im § 5 unter c) und im § 6 erwähnten Angehörnisse und Bestimmungen hat zu Schulden kommen lassen, oder auch irgend einer anderen groben Verschuldung halber vor Ablauf der festgesetzten fünfjährigen Lehrzeit aus der Lehre zu entlassen, so haben Herr A. B., oder resp. Erben gleichermaßen ihm, Herrn X., auf sein Verlangen, die im § 7. gedachte Entschädigung und Konventionalstrafe in dem daseibst bemerkten Maße zu zahlen.

§ 9. Ueberdies sollen im Falle, daß der ernannte Lehrling vor Ablauf der festgesetzten fünfjährigen Lehrzeit aus der Lehre treten, und von seinem Lehrherrn, den Herrn X., sich wegwenden sollte, gegen ihn, den Lehrling, die in dem Mandate, die General-Innungs-Artikel für Künstler, Professionisten und Handwerker hiesiger Lande betreffend, vom 8. Januar 1780, Kapit. I. § 9., erwähnten Strafbestimmungen in Anwendung kommen.

§ 10. Alleits Kontrahenten sind mit diesem Kontrakte in allen Punkten und Klauseln einverstanden, haben allen demselben zuwiderlaufenden

Ausflüchten und Rechtsbeheifen des Irrthums, Zwangs, Betrugs, listiger Überredung, Miß- oder Nichtverstandes, anders verabredeter, als hiernieder-geschriebener Sachen, der Verletzung über oder unter der Hälfte, der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand oder wie sie sonst Namen haben mögen ausdrücklich und vergleichsweise entsagt, und diesen **Lehr-Kontrakt** zugleich mit dem Lehrling eigenhändig unterschrieben und besiegelt. A. B. B. B. X.

Dies der Lehrkontrakt. In einem nächsten Artikel soll nun die Geschichte, resp. die Entstehung dieses Kontraktes und der Arbeitsordnung die in Nr. 40 zum Abdruck gelangte geschildert werden.

Ortsberichte.

Altwasser. Am Sonntag, den 22. Dezember tagte hier eine Versammlung der Lithographen und Steindrucker, die sich mit dem Wiederaufbau der Organisation befaßte. Erschienen waren 30 Kollegen. Ein Teil Mitglieder war noch nicht aus dem Felde zurückgekehrt, Gauleiter Fordmann-Breslau hatte zu einem Referat über die Gauleiter-sitzung zugesagt, konnte aber infolge der Bahn-sperre leider nicht erscheinen. Beschlossen wurde dieses Referat am Sonntag, den 12. Januar stattfinden zu lassen und hierzu die Kollegen von Freiburg und Hof-Göhlenau einzuladen. Ferner soll in nächster Zeit an die noch abseits stehenden Kollegen herangetreten werden, um diese wieder zum Beitritt in die Organisation zu bewegen. Einige Neuanmeldungen sind bereits schon eingegangen. Die niedrigen Löhne im hiesigen Industriegebiet wurden einer lebhaften Aussprache unterzogen. Allgemein wurde betont, daß mit diesen minimalen Löhnen bei den herrschenden Teuerungsverhältnissen kein Mensch auskommen kann. Der Vorstand wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um eine Lohnauf-besserung zu erzielen. Den Frauen der gefallenen Kollegen wurde eine Weihnachtsgabe von 10 Mk. pro Person aus der Ortskasse bewilligt. Der Ortsvorstand wurde neugewählt und wieder vollstän-digt. Sämtliche Zuschriften an die Zahl-stelle Altwasser sind von nun an an den Vor-sitzenden Kollegen Fritz Zappe in Waldenburg i. Schls., Kristerstraße 4 a l. zu richten.

Photogr. Mitarbeiter.

Einmalige Teuerungszulagen.

Streik in der Firma A. Wertheim, Berlin. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat in den Warenhäusern der Firma A. Wertheim, Berlin, eine Lohnbewegung eingeleitet und die Zahlung von einmaligen Wirtschaftsbefehligen verlangt. Da sich die Firma nicht bereit fand, in den entsprechenden Verhandlungen so entgegen zu kommen, wie es gewünscht wurde, trat das gesamte Personal, kauf-männisches wie gewerbliches, zirka 6000 Personen, darunter auch die dort beschäftigten Photographen und Photographinnen, etwa 100 Personen, am 12. Dezember d. J. in den Streik. Die Häuser der Firma Wertheim blieben deshalb an diesem Tage geschlossen. Durch Verhandlungen, die der Berliner Polizei-Präsident führte, wurde eine Einigung erzielt. Darnach erhielten alle Angestellten, also auch die photographischen Angestellten, Entschul-dungsbeiträge wie folgt:

Die im Jahre 1914 oder früher eingetr.	500 Mk.
" " " 1915 " " "	400 "
" " " 1916 " " "	300 "
" " " 1917 " " "	200 "
" " " 1918 " " "	100 "

Leider macht nun die Firma in der Berechnung der Summen allerlei Winkelzüge, die abzurechnen sind.

Lohnbewegung in der Firma Eduard Blum, Berlin. Durch Verhandlung der Photographengehilfen-Organisation (Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufs) mit der Firma Eduard Blum, Wallstraße 31 wurde für die dort beschäftigten Gehilfen und Gehilfinnen eine ein-malige Teuerungszulage wie folgt erreicht:

Wer minst. 1 Jahr beschäft. ist, erhält	200 Mk
" " " 3/4 " " " "	150 "
" " " 1/2 " " " "	100 "
" wenig wie 1/2 " " " "	50 "

Den Kriegsteilnehmern, die vor ihrer Einberufung bei der Firma beschäftigt waren, wurden die Beihilfen in Höhe von 200 Mk. ebenfalls bewilligt. Außerdem wurde eine Anzahl niedrigster Löhne mit 9 bis 12 Mk. pro Person und pro Woche auf-gebeßert. Ferner wurden vom 1. Januar über-stunden mit prozentualen Aufschlag bezahlt und zwar die ersten beiden mit 25 Proz., die weiteren mit 33 1/3 Proz. Am Sonnabend endet die Arbeits-zeit um 2 Uhr, mit Ausnahme der Woche vor Weihnachten. Ferner endet die Arbeitszeit um 2 Uhr am Weihnachtshelligabend, Sylvester und den dritten Feiertagen. — Ferien wurden gewährt für diejenigen, die am 1. Januar ununterbrochen ein Jahr in der Firma tätig waren, 2 Wochen, die am 1. Januar 1/2 Jahr tätig waren, 1 Woche.

Die Tapetenbranche.

Ortsberichte.

Berlin, Formstecher. Am 14. Dezember kamen hier die Kollegen das erste Mal nach dem vier-jährigen Krieg wieder zusammen. An erster Stelle ehrten sie nach einem kurzen Nachruf die aus unseren Reihen gefallenen Kollegen. Sodann gab Kollege Weiner einen kurzen Rück- und Ausblick über unsere heutige politische Lage. Weiner schloß: in den Krieg zogen wir für ein reaktionäres Deutschland, und heute haben wir die soziale Republik. Helfen wir alle, dies freieste Land der Welt zu befestigen. Sodann gab Kollege Schubart einen Bericht von der Konferenz, die am 1. Dezember in Hannover mit unseren Prinzi-palen stattgefunden hatte. Die Diskussion war recht lebhaft. Man war im allgemeinen der Auf-fassung, daß die Kollegen gründlich aufgerüttelt werden müssen, um endlich unsere Verhältnisse so zu gestalten, daß sie gegen früher lobenswerth genannt werden können. Ginge es nach unseren Kollegen hier am Orte, dann müßten mindestens 2 Mk. pro Stunde verdient werden; leider seien unsere Kollegen in der Provinz noch nicht auf-gewacht, sonst könnte es nicht möglich sein, sich für einen Lohn anzubieten, der bei den teuren Verhältnissen nicht zum sattessen reicht. Unser Beruf, der bis auf einige Ausnahmen während der 4 Jahre Krieg geruht hat, müßte eine Zukunft haben; ja, die könnte er auch haben, wenn alle Kollegen auf dem Posten seien. Um alle Kollegen wach zu rufen, wurde unsere Zentralkommission aufgefordert, sofort Schritte zu unternehmen, unsere Kollegen auf die Schanzen zu rufen, um ein Fundament zu bauen, das anderen Berufen zum Vorbild dienen könnte. Es darf nicht mehr wie bisher sein, daß man sich schämen mußte, Freunden gegenüber zu erzählen, wie schlecht unser Kunst-handwerk bezahle. Kollege Schubart hob hervor, daß er alle diese gehörten Anregungen bereits in Hannover vorgetragen hätte. Übrigens sei in Hannover nichts beschlossen worden, nur eine Aussprache hätte stattgefunden, um gemeinsam mit unseren Unternehmern über Schritte und Wege zu beraten, die im Interesse beider Teile-liegen. Trotzdem würde er sofort sich nochmals mit Herrn Wölke ins Einvernehmen setzen, um den Berliner Kollegen Gelegenheit zu geben, sich von neuem zu überzeugen, daß er alles versucht habe. Zu diesem Zwecke schlage er vor, aus der Mitte der Versammlung zwei Kollegen zu wählen, die den Verhandlungen beiwohnen sollen. Auch mit den Tapetenfabrikanten hätte eine Sitzung stattgefunden. Sodann wurde die Wahl der Zen-tralkommission erledigt resp. ergänzt. Außer Schubart, Weiner und Brinkmann wurden neu hinzugewählt die Kollegen Krause und Liegener. In den Vorstand der Filiale wurden Weiner, Brink-mann und Johannisson gewählt. Die nächste Ver-sammlung findet am 28. Dezember statt. Dort soll dann Bericht gegeben werden von den Kon-ferenzen mit den Prinzipalen und Tapetenfabrik-anten.

Stellenangebote
Kupferdrucker
 für Schwarz und farbig sucht sofort
 Wilhelm Lindner, Berlin, Kollmannstr. 22.

Verschiedenes
Beteiligung
 Fachschriftenverleger sucht sich an einer kleineren Druckeri zu beteiligen. Berlin oder Umgebung bevorzugt. Angebote unter 1598 Z. an die Expedition.

Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Aus-führung fert. an
 Carl Neumann, vormals G. König
 Berlin SO, Nauynstraße 69.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
 Auskünfte durch die
 Kunstgewerbeschule **Barmen**

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle.
 Preis inkl. Porto 1,60 Mk.
 Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.
 Postscheckkonto Leipzig 15078.

Der praktische Umdrucker
 von Bernhard Enders.
 Inkl. Porto 90 Pfg.
 Conrad Müller, Schkeuditz.

Reinigungsmittel „Goljad“
 löst leicht alle angetrockneten Druckfarben, Firnisse, Harze, Asphalt; reinigt Buchdruckschriften, Formen usw.
 „Goljad“ eignet sich vorzüglich zum Auswaschen von Lithographien auf Stein, Zink und Aluminium.
 „Goljad“ ist milde im Geruch und nicht feuergefährlich.
 Preis pro Kilo Mk. 5,50
 Probekanne mit 1/2 Kilo Inhalt inkl. Kanne Mk. 9,-
 H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49
 Fabrik chemisch-technischer Präparate für Druckereien.

Schnuhr's flüssiges Steingummi
 bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Litho-graphie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unter-schied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.
 H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49,
 Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.